


Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben am 10.08.2022

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:03 Uhr
Ende:	17:26 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter/in:	Herr Vothknecht
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 13.07.2022	
4.	Dringliche Angelegenheiten	
5.	Behandlung von Anfragen	
5.1.	Verzögerungen von Investitionen in Schulen, Radwegen und zur Infrastruktur Fragesteller: Fraktion CDU, Herr Hose	1075/22

hinzugezogen:
Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung

- 6. Behandlung von Entscheidungsvorlagen
- 6.1. 2. über-/außerplanmäßige Mittelbereitstellung im Haushaltsjahr 2022 **1071/22**
BE: Leiterin der Stadtkämmerei
- 7. Informationen
- 7.1. Information in Bezug auf Nachfrage im FLRV - Gewährung Akteneinsicht **1315/22**
BE: Leiterin der Stadtkämmerei
- 7.2. Mündliche Informationen
- 7.3. Sonstige Informationen

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Aufgrund der entschuldigenden Abwesenheit des Ausschussvorsitzenden und der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden, eröffnete der Beigeordnete für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung, Herr Linnert, die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben. Er schlug dem Gremium vor, Herrn Vothknecht (Fraktion CDU) die Leitung der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben am 10.08.2022 zu übertragen. Dies fand einmütige Zustimmung im Gremium.

Hierauf dankte Herr Vothknecht dem Gremium für das Vertrauen und übernahm anschließend die Sitzungsleitung. Sodann stellte er die form- und fristgerechte Ladung nach § 35 Abs. 2 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) fest. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch; Ladungsmängel wurden nicht geltend gemacht. Ferner stellte der Sitzungsleiter die Beschlussfähigkeit des Gremiums gemäß § 36 Abs. 1 ThürKO fest. Zu Beginn der Sitzung waren 10 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Es gab keine Änderungsanträge zur Tagesordnung.

Das Gremium stimmte der Tagesordnung, wie vorgelegt, einstimmig zu.

3. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 13.07.2022

Der Sitzungsleiter, Herr Vothknecht, stellte fest, dass keine schriftlichen Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben vom 13.07.2022 eingereicht wurden. Auf die Frage des Sitzungsleiters, ob es mündliche Einwände gegen die Niederschrift in der vorgelegten Form gäbe, wurden keine Wortmeldungen vernehmbar.

genehmigt Ja 6 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

4. Dringliche Angelegenheiten

Dringliche Angelegenheiten waren nicht zu behandeln.

5. Behandlung von Anfragen

- 5.1. **Verzögerungen von Investitionen in Schulen, Radwegen und zur Infrastruktur** 1075/22
Fragesteller: Fraktion CDU, Herr Hose
hinzugezogen:
Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung

Herr Hose (Fraktion CDU) stellte die Nachfrage, ob es bereits Veränderungen in den durch den Beigeordneten für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung, Herrn Linnert, in der zurückliegenden Sitzung des FLRV angekündigten Mittelsperren gäbe, bzw. ob weitere Mittelsperren in Aussicht stünden.

Herr Linnert antwortete, dass er in der letzten Sitzung des FLRV über aktuelle Mittelsperren informiert habe. Er könne gegenwärtig keine validen Informationen über weitere geplante Mittelsperren liefern, betonte jedoch, dass er dies auch in keiner Beziehung ausschließen könne.

Herr Hose konkretisierte sein Anliegen und erkundigte sich, ob derzeit verwaltungsintern weitere Mittelsperren (ca. für den Zeitraum der kommenden 4 Wochen) geplant seien oder ob es hierzu entsprechende Diskussionen bzw. Vorlagen in der Dienstberatung des Oberbürgermeisters (DBOB) gäbe?

Herr Linnert erwiderte, dass in der DBOB derzeit keine Mittelsperren in den nächsten 4 Wochen zur Diskussion stünden.

Frau Schönemann (Fraktion DIE LINKE) stellte die Rückfrage, ob die Erhöhung der Bewohnerparkgebühren, zur Konsolidierung der Haushaltssituation, verwaltungsintern weiterhin in Erwägung gezogen würde.

Herr Linnert antwortete, dass der Oberbürgermeister bzw. der zuständige Dezernent den FLRV rechtzeitig in Kenntnis setzen würden, sobald es hier Planungen zu entsprechenden Anpassungen gäbe.

zur Kenntnis genommen

6. Behandlung von Entscheidungsvorlagen

- 6.1. **2. über-/außerplanmäßige Mittelbereitstellung im Haushaltsjahr 2022** 1071/22
BE: Leiterin der Stadtkämmerei

Frau Dr. Glaß (Fraktion DIE LINKE) fragt an, ob es bei der voraussichtlichen Erhöhung von 7,5 Mio € bleiben werde oder ob mit einer weiteren Erhöhung zu rechnen sei.

Herr Schellenberg (Amt für Soziales, Abteilungsleiter Verwaltung) erläuterte nochmals klarstellend, dass der ungeplante Mehrbedarf aus den unerwarteten Kosten für die Unterbringung Geflüchteter aus der Ukraine entstehen würde. Man versuche mit den gegenwärtigen Mitteln auszukommen, könne dies jedoch momentan nicht mit Sicherheit prognostizieren. Ob die Mittel ausreichen hinge wesentlich davon ab, wie viele Geflüchtete aus dem Kriegsgebiet noch eintreffen würden.

Frau Wahl (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) fragte an, durch wen die in der Anlage 1 zur Drucksache aufgeführten Benutzungsgebühren getragen würden.

Herr Schellenberg erläuterte, dass der Gesetzgeber die Festlegung getroffen habe, dass der betroffene Personenkreis aus dem Leistungsbezug des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) heraus und in den konventionellen Grundsicherungsbezug (SGB II, SGB XII) transferiert werde. Die entstehenden Kosten würden dementsprechend durch die jeweiligen Einnahmen wieder gedeckt.

Herr Vothknecht (Sitzungsleiter) fragte an, was die genannten Benutzungsgebühren von ihrem Rechtscharakter her seien und wer diese zu zahlen habe.

Herr Schellenberg führte aus, dass die Benutzungsgebühren mit einem Mietzins vergleichbar seien. Die Stadt Erfurt bringe die Personen öffentlich-rechtlich unter und stelle diesen die anfallenden Kosten, sobald diese in die Grundsicherung nach SGB II oder SGB XII gewechselt seien, entsprechend in Rechnung. Die Refinanzierung sei entsprechend gesichert, sodass der in der Vorlage ersichtliche Ausgleich von Ausgaben und Einnahmen auch real stattfinden würde.

Herr Vothknecht erkundigte sich, ob alle entstehenden Kosten tatsächlich refinanziert würden oder ob die Landeshauptstadt Erfurt einen Teil der Restkosten aus Eigenmitteln tragen müsse.

Herr Schellenberg gab an, dass man, nach aktuellem Stand, diese vollumfänglich erstattet bekommen werde. Seitens des Amtes für Soziales würde auch eine dementsprechende Rechnungslegung erfolgen.

Herr Hose (Fraktion CDU) führte aus, dass es ein Versprechen der Thüringer Landesregierung gäbe, welches die Refinanzierung aller entstehenden Kosten der Kommunen für die Unterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine durch den Freistaat Thüringen zusage. In diesem Zusammenhang fragte er an, ob dies der Fall sei und durch die Stadtverwaltung entsprechend bestätigt werden könne?

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, antwortete, dass die angesprochene Zusage am heutigen Tag nochmals durch die Landesregierung bestätigt worden sei. Derzeit sei also davon auszugehen, dass alle Kosten erstattet werden. Sobald neue Erkenntnisse zum Sachverhalt vorlägen, werde man die Gremien entsprechend informieren.

Herr Peter (Sachkundiger Bürger) fragte nach, ob alle Kosten (auch die Eigenkosten) oder nur die anfallenden Sachkosten erstattet würden?

Frau Hofmann-Domke stellte hieraufhin klar, dass die Landeshauptstadt Erfurt eine Vollkostenabrechnung durchführen werde.

Nachdem, auf Rückfrage des Sitzungsleiters, keine weiteren Wortmeldungen zum Beratungsgegenstand angezeigt wurden, schloss dieser die Beratung und rief sodann die Abstimmung über die Drucksache 1071/22 auf.

beschlossen Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben beschließt die über-/außerplanmäßige Mittelbereitstellungen nach § 58 Abs. 1 ThürKO gemäß Anlage 1.¹

7. Informationen

7.1. Information in Bezug auf Nachfrage im FLRV - Gewährung 1315/22 Akteneinsicht BE: Leiterin der Stadtkämmerei

Frau Rötsch (Fraktion Mehrwertstadt) verließ ihrem Bedauern über den Inhalt der Beantwortung Ausdruck, dankte jedoch für die Klarstellung und die mit der Beantwortung verbundene Mühe.

zur Kenntnis genommen

7.2. Mündliche Informationen

Mündliche Informationen, im Sinne des § 13 Abs. 2 Geschäftsordnung, waren nicht zu behandeln.

7.3. Sonstige Informationen

Herr Linnert (Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung) gab bekannt, dass die Verwaltung derzeit intern Einsparungsmöglichkeiten prüfe. Dies sei in Anbetracht der gegenwärtigen Situation notwendig. Der maßgebliche Teil der hieraus resultierenden Entscheidungen müsse verwaltungsintern getroffen werden, wobei man die kommunalen

¹ Redaktionelle Anmerkung: Die Anlage 1 zur Drucksache liegt als Anlage 1 der Niederschrift bei.

Mandatsträgerinnen und Mandatsträger zu den wichtigsten Aspekten über den Ältestenrat informieren werde.

Herr Frenzel (Fraktion SPD) erkundigte sich nach dem Sachstand des Vergabeverfahrens zum Bau einer Leichtbauhalle im Ortsteil Azmannsdorf (DS 1038/22). Seine Nachfrage in der Verdingungsstelle hätte ergeben, dass das Auftragsvolumen eine Wertgrenze unterschreite, die dem Amt für Gebäudemanagement eine Auftragsvergabe in Eigenregie ermögliche.

Herr Linnert bestätigte, dass der Vergabewert tatsächlich unterschwellig sei und die Bearbeitung daher nicht über die Verdingungsstelle, sondern über das Amt für Gebäudemanagement erfolge.

Herr Ott (Leiter des Amtes für Gebäudemanagement) bestätigte die Ausführungen des Beigeordneten und erläuterte das Verfahren. Das Vergabeverfahren sei deshalb noch nicht abgeschlossen, weil der Bau der besagten Leichtbauhalle einer Baugenehmigung bedürfe, da diese eine Grundfläche von mehr als 10 m² aufweisen würde. Deren Beantragung konnte durch das Amt, aus personellen Gründen, bisher noch nicht erfolgen.

Herr Frenzel bat um eine Beschleunigung des Verfahrens, da das Thema zum einen sicherheitsrelevant für die Bürgerinnen und Bürger des Ortsteils sei und zum anderen dem Ganzen eine gewisse politische Brisanz innewohne. Er erkundigte sich, wann das Verfahren abgeschlossen werden könne.

Herr Ott übernahm als zuständiger Amtsleiter die Verantwortung für den Verzug des Verfahrens. Er hoffe auf Erledigung der Angelegenheit bis zum Ende der 33. Kalenderwoche 2022.

Frau Wahl (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) erkundigte sich, wann eine Information des Ältestenrates zu den Einsparungsplänen in der Verwaltung erfolgen werde.

Herr Linnert bedauerte, dass er hierfür noch keinen konkreten Termin benennen könne.

Nach Erschöpfung der Tagesordnung und dem Ausbleiben weiterer Wünsche nach Redebeiträgen aus dem Gremium, dankte der Sitzungsleiter allen Anwesenden für ihre Mitarbeit und schloss sodann die Sitzung.

gez. Vothknecht
Sitzungsleiter

gez. 
Schriftführer